

# Der Freisinn

# FDP

Nr. 10  
Oktober 1982  
4. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Orell Füssli Werbe AG  
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich  
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

## Energiepolitische Bestandesaufnahme

### Pendenzen mit brisanten Verflechtungen

Die energiepolitischen Geschäfte, mit denen sich Bundesrat und Parlament beschäftigen, sind an Zahl und Bedeutung aussergewöhnlich und durch brisante Zusammenhänge gekennzeichnet. Der freisinnige Aargauer Volksvertreter Dr. Bruno Hunziker hat eine Bestandesaufnahme vorgenommen:



unterbreitet hatte. Fallengelassen wurde die Energiesteuer. Es sollen Bundeskompetenzen geschaffen werden, die eine sparsame und rationelle Energieverwendung möglich machen, die im weiteren Vorschriften über den Energieverbrauch von Anlagen, Fahrzeugen und Geräten ermöglichen und die unter bestimmten Voraussetzungen den Bund ermächtigen, fördernd einzugreifen. Der Energieartikel hat im Verlauf der ständerätlichen Behandlung Verbesserungen erfahren, so die Verankerung des Grundsatzes, dass der Bund auf die Aktivitäten der Kantone, Gemeinden und der privaten Wirtschaft sowie auf die wirtschaftliche Tragfähigkeit Rücksicht zu nehmen hat. Er darf als massvoll und angesichts der weltweiten Energieperspektiven und unserer grossen Energieabhängigkeit als sachlich begründet bezeichnet werden.

#### «Atom-» und ...

Die «Atominitiative» verlangt, dass nach Leibstadt kein weiteres Kernkraftwerk mehr gebaut werden darf und dass die bereits bestehenden Anlagen, also Beznau, Mühleberg, Gösgen und Leibstadt, nicht mehr ersetzt werden dürfen. Im Klartext heisst das,

dass der gesamte künftige Stromzuwachs sowie nach der Ausserbetriebsetzung der vier bestehenden Kernkraftwerke auch noch der von diesen produzierte Strom aus anderen Quellen als aus Kernkraftwerken gedeckt werden müsste.

Dass damit die künftige Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet wäre, ist offenbar auch den Initianten nicht ganz entgangen. Gleichzeitig haben sie die sogenannte «Energieinitiative» lanciert, die Sparmassnahmen mit massiven staatlichen Eingriffen vorsieht. Die Sparziele werden derart hoch gesteckt, dass es in unserem Land gar keinen zusätzlichen Strom mehr brauchen würde — eine recht utopische Energiepolitik. Die Atominitiative würde uns für die Zukunft die Hände in unverantwortlichem Masse binden. Ich möchte meinen, dass der Stimmbürger in der Volksabstimmung ihre Gefährlichkeit und Untauglichkeit erkennen und sie entsprechend verwerfen wird.

#### ... «Energieinitiative»

Die «Energieinitiative» trägt den Titel: «Für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung». Das tönt recht vernünftig. Bei näherem Zusehen ergibt sich aber, dass sie in mehrfacher Hinsicht unrealistisch ist und praktisch den Bau weiterer Kernkraftwerke verunmöglichen würde. Neben energiepolitischen Absichten werden wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele wie Systemveränderung, massive Eingriffe in unsere Wirtschaft oder Nullwachstum angestrebt.

Die Folgen sind absehbar: zusätzliche Energievertierung, Hemmung des Produktivitätsfortschrittes und Verschlechterung unserer internationalen Wettbewerbsstellung. Der Vollzug des in

Fortsetzung auf Seite 2

## Freisinniger Vorstoss zur Wirtschaftslage

### Wo sind die Prioritäten zu setzen?

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung reichte in der Herbstsession eine dringliche Interpellation ein, in der die Landesregierung gebeten wurde, über die Wirtschaftslage Auskunft zu geben sowie darüber zu orientieren, wie sie den weitem zu erwartenden Schwierigkeiten begegnen will. Der Vorstoss wurde von Fraktionspräsident Nationalrat Jean-Jacques Cevey (VD) begründet. Nachstehend ein Auszug:

Die FDP-Fraktion ist über die schweizerische Wirtschaftssituation, insbesondere über die Zunahme der Ganz- und Teilarbeitslosigkeit, besorgt. Allerdings ist sie der bestimmten Ueberzeugung, dass die heutige Lage nicht zu einem breitangelegten, systematischen staatlichen Interventionismus Anlass gibt, und wir möchten die Öffentlichkeit davor warnen, die Situation zu dramatisieren. Zwar ist die Entwicklung in mehreren Sektoren und Regionen unseres Landes beunruhigend. Aber wir müssen uns vor Verallgemeinerungen hüten. Die Marktwirtschaft hat unserem Land einen beachtlichen Wohlstand gebracht, um den uns viele beneiden, die schon lange mit viel ernsthafteren wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten kämpfen. Statt unser bewährtes Wirtschaftssystem grundsätzlich in Frage zu stellen, sollten wir uns vielmehr bewusst sein, dass unsere gegenwärtigen Schwierigkeiten in erster Linie auf die rezessive Nachfrageschwäche auf den Abnehmermärkten unserer Exportindustrie zurückzuführen sind.

#### Rahmenbedingungen verbessern

Gerade die Erfahrungen im Ausland — wir denken nicht zuletzt an Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland — zeigen uns, dass man gerade auch in schwierigen Zeiten Vertrauen in die marktwirtschaftlichen Kräfte haben muss und dass ein staatlicher Interventionismus nicht nur keine grundlegenden Verbesserungen bringt, sondern im Gegenteil auf die Dauer unsere Volkswirtschaft schädigt sowie die Unternehmerinitiative und den persönlichen Leistungsanreiz hemmt. Die FDP-Fraktion ist deshalb der Ueberzeugung, dass mittel- und langfristig mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen und administrativen Rahmenbedingungen am wirksamsten gegen die Gefährdung von Arbeitsplätzen angekämpft werden kann.

Zu diesen Rahmenbedingungen gehören für uns in erster Linie die Fortsetzung der liberalen Aussenhandelspolitik, der Kampf gegen den aufkommenden Protektionismus, die Weiterführung



der Inflationsbekämpfung mittels einer angemessenen Geldmengenzpolitik sowie stabile Wechselkurse — Bedingungen also, die zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und damit zur Wahrung unseres Wohlstandes beitragen. Aber auch eine Stabilisierung der Fiskal- und Soziallasten und eine Lockerung administrativer Auflagen sind für die Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen von entscheidender Bedeutung. Dem sozialpartnerschaftlichen Arbeitsfrieden und einer allgemeinen Zurückhaltung in den Forderungen, die letztlich lediglich als Kostenfaktoren in

Fortsetzung auf Seite 4



Fraktionspräsidentenkonferenz (v. l. n. r.): Werner Carobbio (pda., psa., poch.), Laurent Butty (cvp., anstelle des verhinderten Präsidenten), Claude Bonnard (lib.), Jean-Jacques Cevey (fdp.), Ratspräsidentin Hedi Lang, Jean-Marc Sauvart, Generalsekretär der Bundesversammlung, Annemarie Huber, Sekretärin des Ständerates, Sigmund Widmer (ldu.), Félicien Morel (sp.), mit dem Rücken zur Kamera Hans-Rudolf Nebiker (svp). (Photo Ruti)

**Sparen?  
Dann zur  
SKA.**



SCHWEIZERISCHE  
KREDITANSTALT  
SKA

Augenschein in Beirut

Die Erdbeben in Libanon sind wohl in den Medien etwas in den Hintergrund gerückt. Die Folgen des Bürgerkrieges, des israelischen Einmarsches, des verabscheuungswürdigen Massakers an Unschuldigen sind jedoch, wie Jacques Baumgartner, der kürzlich in Beirut weilte, nachstehend festhält, noch nicht beseitigt.



Beirut: Kinder und Panzer. Sie kennen nichts anderes.

Die Zeder ist das Nationalsymbol Libanons. Ihr Bild ziert die Landesflagge. Die Pharaonen Ägyptens bauten aus ihrem harten, rötlichen, bitteren Holz die Sonnenboote und die Sarkophage. Der bittere Geschmack hält Würmer und Ungeziefer fern. Im Altertum waren die Forstbestände gewaltig. Phönizier, Griechen und Ägypter holzten sie ab. Etwas über vierhundert Zedern sind übriggeblieben. Die ältesten sind tausend, die jüngsten dreihundert, vierhundert Jahre alt. Es sind zu wenig Zedern erhalten, um heute in Libanon daraus genügend Särge zu zimmern. Und auch ein König Salomon könnte Zedernholz nicht zum Tempelbau in Jerusalem benutzen.

Zweieinhalb, vielleicht auch drei Millionen Menschen leben heute in Libanon. Sie sind schon lange nicht mehr gezählt worden. Die letzte Volkszählung geht in die dreissiger Jahre zurück. Aber seit 1975/76 werden die Toten gezählt: Im Bürgerkrieg starben schätzungsweise 70 000, vielleicht auch 100 000 Menschen. Nicht bekannt ist die Zahl der Getöte-

ten während des israelischen Libanon-Feldzuges; auch jener der von sogenannten christlichen Milizen in zwei Lagern bei Beirut massakrierten Palästinenser.

**Hass — hüben und drüben**

Der «Schmelztiegel der Religionen», als welcher Libanon früher mit seinen achtzehn verschiedenen Religionsgemeinschaften bezeichnet wurde, ist offenbar zur lodernen Flamme des Hasses geworden. Sie droht, wie die Massaker zeigen, alles zu verbrennen.

Der Hass, die Verbitterung schlägt dem Berichterstatter in Damour, das heisst in dem, was einst Damour war, entgegen: eine Christenstadt von einstmals 25 000 Einwohnern, unweit des alten phönizischen Hafens Sidon; sie wurde im Bürgerkrieg von den Syrern und Kämpfern der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) im wahrsten Sinne des Wortes entseelt.

Ueberlebende aus jener Zeit kehrten in den vergangenen Wochen, das heisst seit der Vertreibung der PLO-Einheiten durch

die Israeli, in die Ruinenstadt zurück: «Und wo war die internationale Presse, als wir massakriert wurden?» ist die Frage, die einem entgegengeschleudert wird.

Am vergangenen 6. Juni war Israel in Libanon einmarschiert, um «Friede für Galiläa — Shalom Agalil» zu schaffen. Gewiss, seither können Linda in Naharija und Ada in Kirjat Schmona, beides Grenzorte im Norden Israels, ruhig schlafen. Es schlagen keine mehr von der PLO in Libanon abgefeuerten Katjuscha-Raketen ein. Aber seither hat sie beide ein anderes Entsetzen gepackt. Es heisst Sabra und Schatila.

Die erste Etappe der israelischen militärischen Operation, die Vernichtung der bewaffneten PLO in Südlibanon, welche in den vergangenen Jahren gewaltig, hochmodern und bedrohlich ausgerüstet worden war, war selbst in Westeuropa noch stillschweigend verstanden worden, und auch die Araber schwiegen. Der israelische Einmarsch wurde auch von der Mehrheit der Libanesen als Ende des Alldrucks der langen PLO-Herrschaft begrüsst. Die einmal in Fahrt gekommene israelische Militärmaschinerie machte erst vor Beirut halt.

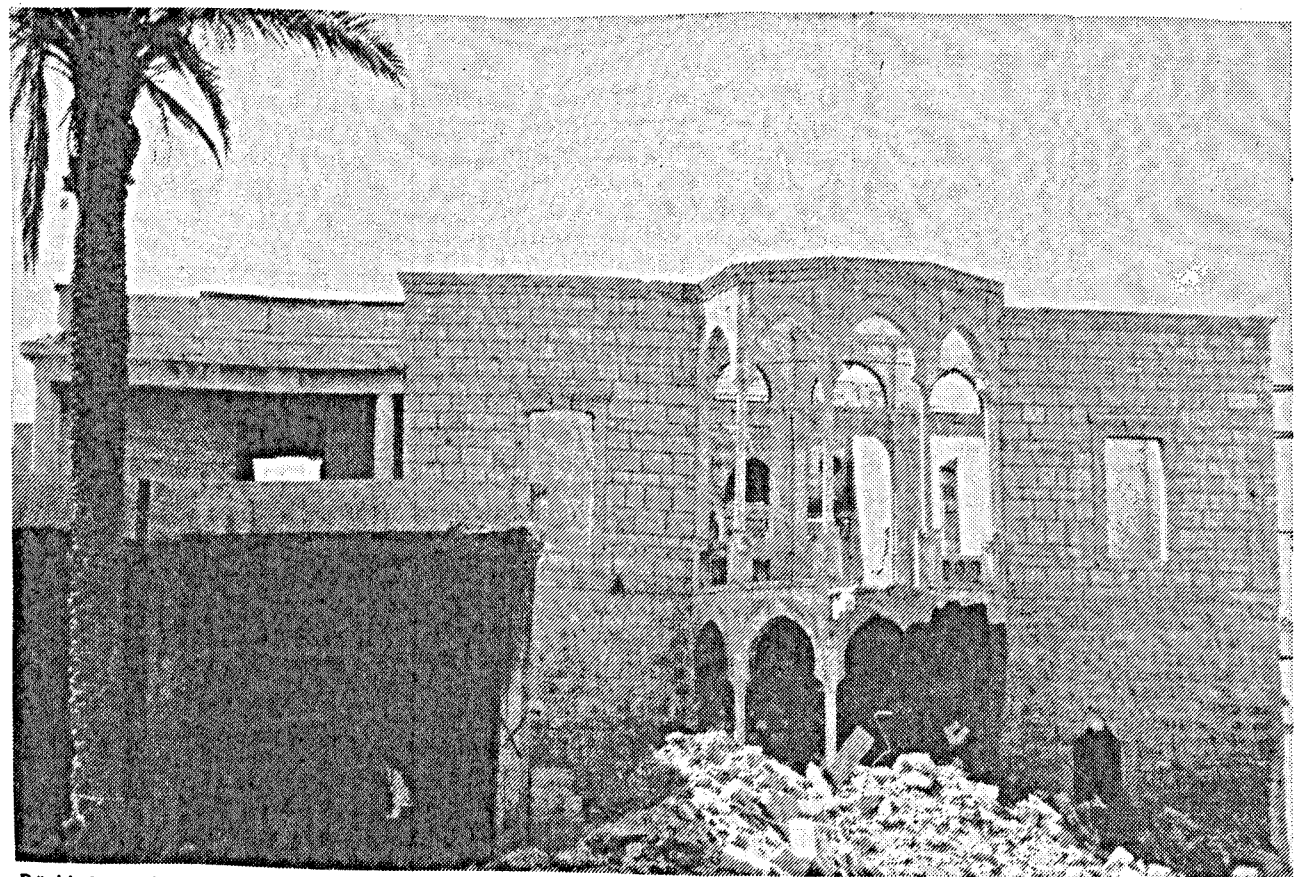
**Miteinander leben**

Die im Ostteil der libanesischen Hauptstadt lebenden Christen sind Verbündete — oder waren es — der Israeli; im muslimischen Westteil hatte sich die PLO verschanz. Ueberwacht von einer amerikanisch-französisch-italienischen Truppe, zogen die PLO-Kämpfer ab. Nach israelischer Lesart wurden sie vertrieben, in die «arabische Diaspora».

Aber Israel wollte der noch verbliebenen PLO-Leute habhaft werden. Die Ermordung des eben gewählten libanesischen Präsidenten Béchir Gemayel am 14. September lieferte den Vorwand zum Einmarsch nach Westbeirut, um Ruhe und Ordnung zu wahren...

Und eben deshalb ist das Israel des Ministerpräsidenten Menachem Begin, wenn es auch nicht direkt daran beteiligt war, mitverantwortlich für die Massaker vom 18. September.

Es ist immer leichter, etwas zu zerstören, als es danach zu flicken, wieder aufzubauen. Libanon ist heute zerbrochen. Es braucht viel Unterstützung, um aus den Trümmern zu finden. Entscheidend für die Region ist aber, dass Israeli und Palästinenser (und damit ist auch die PLO gemeint) einsehen und sich dazu entschliessen, miteinander zu leben, statt einander «liquidieren» zu wollen. Denn in Libanon hat es zu wenig Zedern...



Rückkehr nach Damour: ausgerottete Christenstadt.

**Taktfahrplan überprüfen**

Postulat von FDP-Nationalrat Aregger

«Der Bundesrat wird ersucht, bei den SBB schon auf den Fahrplanwechsel im Frühjahr 1983 eine grundlegende Ueberprüfung des Taktfahrplanes zu veranlassen.» Dies verlangt Nationalrat Manfred Aregger in einem Postulat. Der freisinnige Luzerner Volksvertreter erwartet, dass bei dieser Ueberprüfung auf den «Abbau der nachfrageschwächsten Verkehrsleistungen, auf vernünftige Umsteigezeiten und insbesondere auf einen Fahrplan zu achten ist, der in der Praxis auch eingehalten werden kann».

Der Vorstoss wird damit begründet, dass die Einführung des Taktfahrplanes nicht den erwarteten Erfolg gebracht hat, sondern sich vielmehr abzeichnet, dass die SBB im laufenden Jahr ein Betriebsdefizit von neuer Rekordhöhe herausfahren werden. Zudem könnten der Fahrplan nicht eingehalten und heute schon Strecken mit chronischen Verspätungen festgestellt werden. Betroffen würden davon Pendler wie auch Umsteigepassagiere, denen die Anschlussverbindungen verlorengehen. Die frühere sprichwörtliche Pünktlichkeit der SBB sei einer dauernden Ueberforderung des Personals zum Opfer gefallen. Konsequenzen drängen sich vor allem auch deshalb auf, weil die SBB-Ergebnisse keinen Spielraum für lange Experimentierphasen mehr zulassen.



**Liberaler Leute**

Am 6. Oktober konnte Rudolf Wartmann in Brugg seinen 80. Geburtstag feiern. Der Jubilar gehörte als Freisinniger dem Nationalrat von 1961 bis 1971 an. In der grossen Kammer widmete er sich vorab energie- und wissenschaftspolitischen Fragen. Der Diplomingenieur ETH war Leiter eines der bedeutendsten Industrieunternehmen in der Region Brugg und von 1941 bis 1949 Mitglied des aargauischen Grossen Rates.

Fortsetzung von Seite 1

der Energieinitiative enthaltenen Massnahmenkataloges würde einen umfangreichen Staatsapparat nötig machen, der einen beachtlichen Teil der vorgeschlagenen Energiesteuer verschlingen würde. Darum muss die Energieinitiative entschieden abgelehnt werden.

**«Kaiseraugst»**

Bei der Behandlung der Rahmenbewilligung Kaiseraugst wird im Parlament über so und so viele andere Aspekte der Kernenergie, die mit der eigentlichen Bedarfsfrage direkt nichts zu tun haben, diskutiert werden. Die Bedarfsfrage als solche ist, löst man sich von Emotionen und vorgefassten Meinungen, kaum anders zu beantworten, als dies der Bundesrat getan hat. Ohne ein weiteres Kernkraftwerk in der Grösse von Gösgen oder Leibstadt werden wir unsere Versorgungssicherheit im Energiebereich im nächsten Jahrzehnt nicht sichern können, auch nicht, wenn wir alle realisierbaren Sparmassnahmen ergreifen und neue Technologien und Energien einsetzen.

**Inhaltliche Zusammenhänge und Wechselwirkungen**

Dass die genannten Energiegeschäfte enge inhaltliche Zusammenhänge und Wechselwirkungen aufweisen, zeigt sich hier in besonders ausgeprägtem Masse. Die Atominitiative und auch die Energieinitiative beeinflussen den Entscheid über die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst massgeblich. Wird eine der beiden Volksinitiativen oder werden beide vom Volk angenommen, dann kann das Kernkraftwerk Kaiseraugst nicht mehr gebaut werden. Darum muss sich das Parlament gut überlegen, in welcher Reihenfolge diese Geschäfte behandelt und abstim-mungsreif gemacht werden sollen. Wäre es sinnvoll, vor der Abstimmung über die beiden Volksinitiativen eine Rahmenbewilligung zu erteilen? Wäre die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG bereit, angesichts der durch die beiden Volksinitiativen völlig unsicheren Zukunft weitere Mittel für die Projektierung einzusetzen?

**Von Tag zu Tag**

**Rascher Vorentscheid nötig**

Studiengruppe Medienpolitik zu Rundfunkversuchen

Einen raschen Vorentscheid durch das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) bei der Beurteilung der eingegangenen Konzeptionsgesuche für lokale Rundfunkversuche fordert die Studiengruppe Medienpolitik der FDP. Es ist zu erwarten, dass nach einer ersten Sichtung der Gesuche zahlreiche ausscheiden, da sie den Anforderungen der Rundfunkverordnung nicht genügen. Die andern sollten ohne Verzug im Bundesblatt veröffentlicht werden, damit das vorgesehene Anhörungsverfahren eingeleitet werden kann.

Mit einem Hinausschieben des Entscheides wird nach Ansicht der von Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH) geleiteten Studiengruppe die sich abzeichnende Wettbewerbsverzerrung gefördert: Einerseits werden bestehende Lokalsender begünstigt, und andererseits kann die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) ihre Politik der Terrainbesetzung durch die geplante Einführung eines dritten Radioprogrammes auch in der deutschen und der rätoromanischen Schweiz sowie im Tessin weiterführen. Zudem haben potentielle Konzessionsnehmer Investitionen- und Personalentscheide zu treffen, die nicht mehr weiter hinausgezögert werden können. Die Studiengruppe erwartet, dass bei der Erteilung von Konzessionen dem Charakter des Versuches mit lokalem Rundfunk auch dadurch Rechnung getragen wird, dass nicht nur Gesuche aus anderen Regionen berücksichtigt werden, wie auch verschiedene Organisations- und Finanzierungsmodelle sowie Vorhaben mit unterschiedlicher Sendedauer mit einbezogen werden.

**«Transjurane» ins Nationalstrassennetz**

Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren

Die «Transjurane», die Verbindung zwischen Boncourt an der schweizerisch-französischen Grenze und Biel, soll raschmöglichst erstellt werden, wobei den nötigen Strassentunnels Priorität einzuräumen ist. Sie ist zudem in das Nationalstrassennetz aufzunehmen. Diese Ansicht vertritt die FDP in ihrer Vernehmlassungsantwort. Dabei weist sie darauf hin, dass dem Bau der «Transjurane» nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Bedeutung zukommt, da diese eine Region durchquert, die von der gegenwärtigen Resektion besonders hart betroffen wurde.

Was die N 30 zwischen Moutier und Oensingen anbetrifft, vertritt die Partei die Auffassung, dass in Anbetracht der Opposition in der Region sowie des schwachen Verkehrsaufkommens dieses Teilstück in das Hauptstrassennetz übernommen werden sollte. Sie äussert sich auch, obwohl nicht im Vernehmlassungsverfahren zur Diskussion stehend, zur N 5 zwischen Bern und Biel sowie zur T 6 zwischen Bern und Biel. Dabei wird einerseits die Erwartung ausgedrückt, dass der Bau der N 5 beschleunigt wird, und andererseits die Frage aufgeworfen, ob die T 6 nicht ins Nationalstrassennetz zu integrieren wäre.

menhänge und Wechselwirkungen aufweisen, zeigt sich hier in besonders ausgeprägtem Masse. Die Atominitiative und auch die Energieinitiative beeinflussen den Entscheid über die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst massgeblich. Wird eine der beiden Volksinitiativen oder werden beide vom Volk angenommen, dann kann das Kernkraftwerk Kaiseraugst nicht mehr gebaut werden. Darum muss sich das Parlament gut überlegen, in welcher Reihenfolge diese Geschäfte behandelt und abstim-mungsreif gemacht werden sollen. Wäre es sinnvoll, vor der Abstimmung über die beiden Volksinitiativen eine Rahmenbewilligung zu erteilen? Wäre die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG bereit, angesichts der durch die beiden Volksinitiativen völlig unsicheren Zukunft weitere Mittel für die Projektierung einzusetzen?

Wir befinden uns in einer Situation, wie man sie sich unglücklicher kaum vorstellen kann. Dies und das Wahljahr 1983 dürfen nicht dazu führen, dass die energiepolitischen Geschäfte aufs Eis gelegt werden. Wir können es uns nicht leisten, längst fällige Entscheide weiter hinauszuschieben und uns durch ein virtuos inszeniertes Verwirr- und Verschleppungsspiel handlungsunfähig machen zu lassen.

Vor dem eidgenössischen Urnengang vom 28. November

## Umstrittene Preisüberwachung

Volk und Stände haben sich am letzten November-Wochenende in einer Abstimmungsvorlage gleich zu zwei Fragen zu äussern: Ob sie überhaupt eine Preisüberwachung wünschen; und wenn ja, eine dauernde oder zeitlich befristete. Christian Beusch erläutert Vorgeschichte sowie Unterschiede der beiden Anträge:

Zum Entscheid stehen sowohl eine Initiative wie auch ein vom Bundesrat ausgearbeiteter und gutgeheissener Gegenvorschlag an. Welche von beiden Varianten die grössere Chance hat, Gnade vor den Stimmberechtigten zu finden, ist im jetzigen Zeitpunkt als offen zu bezeichnen, zumal nicht auszuschliessen ist, dass es zu einem doppelten Nein und so zu einer «Null-Lösung» kommt.

### Populär

Die Preisüberwachung ist umstritten. Die Wissenschaft steht ihr kritisch gegenüber; die Erfahrungen im In- und Ausland fielen nicht überzeugend aus, und dieses Eingriffsinstrument steht im Widerspruch zur freien Marktwirtschaft. Die vorübergehende Einführung der Preisüberwachung während der siebziger Jahre in der Schweiz hat ihr vor allem durch das Ansehen, das die beim «Preisüberwacher» Schürmann und Schlumpf hatten, einen solchen politischen Stellenwert gegeben, dass sich in der Folge verschiedene Parlamentarier und diese Konsumentenorganisationen dieser Institution annahmen. Die Popularität eines staatlichen Eingriffsinstrumentes der Wirtschaft nimmt sich jedoch in einem Zeitpunkt zunehmender Staatsverdrossenheit sonderbar aus, zumal rechtlichen es ablehnten, dem Bundesrat im ersten (verworfenen) Konjunkturartikel die verfassungsmässige Kompetenz zur Preisregulierung einzuräumen.

### Preisüberwachung nicht neu für die Schweiz

Preisüberwachung ist für die Schweiz an sich nicht neu. 1936 griff der Bundesrat nach der Abwertung des Frankens massiv in die Preisbildung ein. Während des Zweiten Weltkrieges wurde eine Preiskontrollstelle eingerichtet. Sonderregelungen für bestimmte Wirtschaftszweige, vorab die Landwirtschaft, wurden nach Kriegsende in mehreren Etappen in ordentliches Recht übergeführt und den veränderten Gegebenheiten angepasst.

Als Anfang der siebziger Jahre die Teuerungswelle auch auf die Schweiz übergriff, verabschiedeten 1972 die eidgenössischen Räte auf Antrag der Landesregierung ein Massnahmenpaket zur Dämpfung der Ueberkonjunktur. Dazu gehörte der Bundesbeschluss über

die Ueberwachung der Preise, Löhne und Gewinne, den im Dezember 1973 Volk und Stände guthiessen. Während die Lohn- und Gewinnüberwachung sich als nicht praktikabel erwies und relativ rasch aufgehoben wurde, fand die Preisüberwachung 1976 wiederum die Zustimmung des Souveräns und blieb bis Ende 1978 in Kraft.

Die beiden Preisüberwachungsbeschlüsse von 1972 und 1975 erlaubten begrenzte Eingriffe in die freie Preisbildung. Sie bildeten jedoch weder die Grundlage für einen Preisstopp noch eine Preiskontrolle; vielmehr sollten ungerechtfertigte Preiserhöhungen verhindert werden. Als gerechtfertigt galten Preiserhöhungen, wenn sie kostenmässig begründet waren (höhere Personal- und Kapitalkosten, gestiegene Rohstoffpreise usw.). Zur Durchführung der Preisüberwachungsmaßnahmen setzte der Bundesrat einen Beauftragten ein, dem eine beratende Kommission zur Seite gestellt wurde.

### Umstrittener Erfolg

Die Preisüberwachung in den Jahren 1973-78 war zweifelsohne populär. Sie diente als vielbenützte und stark beachtete «Klagemauer», wozu die beiden Preisüberwacher mit ihren mediengerechten Auftritten nicht unwesentlich beitrugen. Ueber den Erfolg dieser Massnahme gehen die Meinungen auseinander:

Nicht bestritten wird, dass sie einen psychologischen Effekt ausübte und allein so Preiserhöhungen unterblieben. Zur Tendenzwende in der Teuerung trug jedoch weniger die Preisüberwachung bei als der rezessionsbedingte Zusammenbruch einzelner Märkte (vor allem im Bausektor), die Kurssteigerung des Frankens sowie die Geldmengenpolitik der Nationalbank.

### Politisch ausgeschlachtete Popularität

Die Popularität, die die Preisüberwachungsmaßnahmen von 1973 bis 78 genossen, wurde, trotz dem umstrittenen Erfolg, politisch rasch ausgenützt. Die Institution war noch nicht aufgehoben, als immer nachdrücklicher der Ruf nach Weiterführung und Erneuerung laut wurde. In den eidgenössischen Räten setzte ein eigentliches Rennen ein, und mehrere Vorstösse wurden deponiert.

Politisch am erfolgreichsten waren die drei Konsumentinnen-

organisationen der deutschen, der welschen und der italienischen Schweiz, die innert sechs Monaten über 130 000 Unterschriften für ihre Initiative «zur Verhinderung missbräuchlicher Preise» zusammentrug. Das Volksbegehren wurde im Sommer 1979 in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfs auf Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 31<sup>sexies</sup> eingereicht.

### Ständige ...

Das Volksbegehren verlangt eine permanente Preisüberwachung, die Missbräuche in der Preisbildung verhindert, indem sie die Preise und Preisempfehlungen für Waren und Leistungen marktmächtiger Unternehmungen und Organisationen, insbesondere von Kartellen und kartellähnlichen Gebilden, des öffentlichen und privaten Rechts überwacht. Wird eine missbräuchliche Erhöhung oder Beibehaltung von Preisen festgestellt, so sollen diese



### a. o. DV der FDP der Schweiz

Am 30. Oktober, 10 Uhr, findet im Kursaal in Bern eine ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz statt. In deren Mittelpunkt stehen ein Referat von Bundespräsident Dr. Fritz Honegger («Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel») sowie die Parolenfassung für die eidgenössische Volksabstimmung vom 28. November. Die Preisüberwachungsinitiative wird von der Waadtländer SP-Nationalrätin Yvette Jaggi vertreten, für den Gegenvorschlag der Bundesversammlung wird Nationalrat Dr. Felix Auer (FDP, BL) plädieren, während der freisinnige Schaffhauser Volksvertreter Kurt Schüle seine Gründe für die Absage an beide Vorschläge darlegen wird. — Zur Delegiertenversammlung sind alle Parteimitglieder mit beratender Stimme eingeladen.



herabgesetzt werden können. Begründet wird die Initiative damit, dass nur die wenigsten Preise durch den freien Wettbewerb gebildet würden. Das Begehren zielt nicht auf eine Beeinflussung der Marktstrukturen ab, sondern bezwecke vielmehr eine Kontrolle und Korrektur derjenigen Preise, die das Ergebnis fehlenden Wettbewerbs seien und dadurch sozial- und verteilungspolitische Konsequenzen hätten.

Die Initiative lancierenden drei Konsumentinnenorganisationen fordern vom Bund, dass dieser eine neutrale Preisüberwachungsstelle errichte, dass eine Melde- und Begründungspflicht für Preiserhöhungen und -empfehlungen eingerichtet werde, dass jedermann Preiserhöhungen und ungerechtfertigte Preishochhaltungen der Preisüberwachungsstelle melden könne. Zur Ausübung seiner Aufgabe sollen dem Preisüberwacher gewisse Sanktionsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

### ... oder nur temporäre Preisüberwachung?

Bundesrat und die Mehrheit der eidgenössischen Räte konnten sich dieser Initiative nicht anschliessen. Insbesondere deshalb nicht, weil der geforderte Dauereingriff in die Preisbildung mit dem System der freien Marktwirtschaft nicht vereinbar sei. Andererseits verkennen beide Gremien nicht, dass die Preisüberwachung einen Beitrag zur Bekämpfung einer massiven Teuerung zu leisten vermag, sofern sie in ein umfassendes Stabilisierungskonzept von aufeinander abgestimmten Massnahmen eingebettet ist. Bei ihrem Entscheid hatten sowohl die Landesregierung wie auch die

Bundesversammlung davon auszugehen, dass die Preisüberwachung populär ist und es kaum verstanden würde, wenn diese dem Anliegen nicht in einem gewissen Ausmass Rechnung tragen, auch wenn nur politisch-opportunistische Erwägungen im Hintergrund stehen.

Der Bundesrat unterbreitete den eidgenössischen Räten einen Gegenvorschlag, wonach der Konjunkturartikel der Bundesverfassung dahingehend ergänzt werden soll, dass eine Preisüberwachung vom Bund verordnet werden kann, wenn es darum geht, die negativen Folgen der Teuerung zu verhindern, und die übrigen Massnahmen der Inflationbekämpfung nicht ausreichen. Die Preisüberwachung wäre zu befristet und bei Beruhigung der Preisentwicklung wieder ausser Kraft zu setzen.

In der Frühjahrssession 1982 sprachen sich die eidgenössischen Räte mit 83 zu 82 Stimmen im National- und mit 24 zu 11 Stimmen im Ständerat für den Gegenvorschlag aus. Weil ihnen dieser zu wenig entgegenkommt, beschliessen die drei Konsumentinnenorganisationen, an ihrer Initiative festzuhalten.

### Auch zwei Nein möglich

Der Souverän kann aber nicht nur zwischen dem Volksbegehren und dem Gegenvorschlag entscheiden, er hat auch die Möglichkeit, mit einem doppelten Nein der Preisüberwachung eine generelle Absage zu erteilen. Das geltende Abstimmungsverfahren erlaubt jedoch zwei Ja nicht.

### Ja zur Initiative ...

Für die Anhänger des Volksbegehrens ist der Gegenvorschlag weder Alternative noch Kompromiss; er bringt nichts Neues. Sie sind auch enttäuscht darüber, dass der Bundesrat den im Entwurf für ein neues Kartellgesetz enthaltenen Preisüberwachungs-passus auf Grund des Resultats des Vernehmlassungsverfahrens im Antrag an die Bundesversammlung eliminierte. Allein mit einer ständigen Preisüberwachung können nach Auffassung der Initianten des Vorstosses diejenigen Preise einer Kontrolle und Korrektur unterzogen werden, die das Ergebnis fehlenden Wettbewerbs seien und dadurch sozial- und verteilungspolitisch nachteilige Konsequenzen hätten: «Wir meinen, dass man überall dort, wo der Wettbewerb nicht mehr funktioniert, eine Preisüberwachung verhindern soll, dass der Konsument missbräuchliche Preiserhöhungen einfach hinnehmen muss.»

### ... oder Ja zum Gegenvorschlag ...

Für den Bundesrat, der den Gegenvorschlag ausarbeiten liess, ist ein Dauereingriff in die Preisbindung, wie ihn die Initiative vorsieht, «mit unserem freien Marktsystem nicht vereinbar», da die freie Preisbildung einen wesentlichen Bestandteil dieser Wirtschaftsordnung darstelle. Andererseits verkennet er nicht, wie er in der Botschaft weiter ausführt, dass die Preisüberwachung einen «spürbaren Beitrag zur Bekämpfung einer massiven Teuerung zu leisten vermag, sofern sie in ein umfassendes Stabilisierungskonzept von aufeinander abgestimmten Massnahmen eingebettet ist». Er plädiert deshalb für eine «rechtzeitige Reservestellung».

### ... oder doppeltes Nein?

Sowohl gegen die Initiative wie auch den Gegenvorschlag sprechen sich die Befürworter einer freien Marktwirtschaft aus. Die Preise müssten sich frei bilden können; nur unter dieser Voraussetzung vermöchten sie ihre zentrale Steuerungsfunktion zu erfüllen. Zudem taue die Preisüberwachung weder als konjunkturpolitisches Instrument noch als wettbewerbspolitisches Werkzeug.

## Lieber Leser

Innenpolitisches Hauptgesprächsthema ist — und das hat die Herbstsession der eidgenössischen Räte bestätigt — die Wahl der Nachfolger für die Bundesräte Dr. Fritz Honegger und Dr. Hans Hürlimann. Allerdings geht es noch mehr als einen Monat bis zur Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung am 8. Dezember.

«Der Freisinn» will sich nicht an den Spekulationen um die Nachfolgefrage beteiligen. Die Namen der «Papabili» können der Tagespresse entnommen werden, wie deren Chancenbeurteilung durch die zumeist nicht ganz unvoreingenommenen Kommentatoren.

Immerhin fällt auf, dass die FDP über eine nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ reiche Zahl möglicher Anwärter verfügt. Sie hebt sich damit von der CVP ab, deren (Aus-)Wahlmöglichkeiten begrenzt sind. Ganz zu schweigen von der SP, die, hätte sie einen Nachfolger für den amtsmüden Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements stellen müssen, in etwelche Schwierigkeiten geraten wäre. Dies dürfte, neben den eidgenössischen Wahlen 1983, mit ein Grund gewesen sein, dass sich der in der schweizerischen Boulevardzeitung zwischen Hüllenlosen, in einem dahinschwebenden Wochenblatt und neuerdings in einem Frauenblatt gerne zu Gott und Welt äussernden Bundesrat von seiner Partei aufgefordert wurde, weiterhin im Amt zu bleiben.

Allerdings kann sich auch «Der Freisinn» nicht ganz den Wahlspekulationen entziehen: Ein (fast) sicherer Tip ist, dass ein Freisinniger und ein CVPLer neu in die Landesregierung einziehen werden ...

Vorerst genießt allerdings der nächste eidgenössische Urnengang vom 28. November Priorität. Ueber die Vorgeschichte sowie den Inhalt der Vorlage informiert ein Beitrag auf Seite 3. Kontradiktorisch wird das Thema Preisüberwachung auf Seite 5 abgehandelt.

Die FDP der Schweiz wird an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung Ende Oktober ihre Parole beschliessen; ebenfalls nachdem die Vertreter der verschiedenen Standpunkte ihr Anliegen vertreten konnten.

Zu einer Monsterdebatte geriet während der Herbstsession im Nationalrat die Aussprache über die Wirtschaftslage. «Der Freisinn» veröffentlicht auszugsweise die Stellungnahme des Fraktionschefs der FDP-Fraktion der Bundesversammlung, des Waadtländer Volksvertreters Jean-Jacques Cevy (Seite 1).

Weitere Beiträge runden wiederum diese «Freisinn»-Ausgabe ab.

*Chr. Beusch*

Chr. Beusch

## Erst studieren. Dann realisieren. Mit Geilinger-Engineering sind Sie gut beraten.

Am Anfang von Bauprojekten stehen meist Fragen zur Organisation, Betriebstechnik und zum langfristigen Ausbau. Am Schluss der vielschichtigen Abklärungen von Geilinger-Engineering heisst die Antwort entweder Neuinvestition — oder Reorganisation. Das kommt davon, wenn Ihr Problem erst studiert und dann erst realisiert wird.

Geilinger AG Dept. Planung und Generalbau  
CH-8401 Winterthur, Tel. 052/22 74 34  
CH-1462 Yvonand, Tel. 024/31 17 31

**GEILINGER**



Konsequenz der Monsterdebatten im Nationalrat: Zwischenverpflegung auf dem Berner Bärenplatz für die freisinnigen Volksvertreter (v. l. n. r.) Silvio de Capitani (ZH), Kurt Schüle (SH) und Christian Jost (GR).

**Neuerungen bei den Regierungsrichtlinien?**

**FDP-Fraktion reicht parlamentarische Initiative ein**

Die Richtlinien zur Regierungs- politik sollten sich nach Ansicht der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung nicht allein in einer allgemeinen Auflistung und departementalen Gewichtung der politischen Geschäfte erschöpfen, sondern eine klare Prioritäten- ordnung des Bundesrates dar- stellen. Ihre Vorberatung in parla- mentarischen Kommissionen hat zu einer Verwischung der politischen Akzente bei der Be- handlung im Ratsplenum ge- führt. Auf die Ausarbeitung eines Zwischenberichtes zu den Regierungsrichtlinien kann auf Grund der gemachten Erfahrun- gen verzichtet werden. In diesem Sinne hat die FDP-Fraktion der Bundesversammlung durch Ständerat Luigi Generali (TI) in der kleinen Kammer eine aus- formulierte parlamentarische In- itiative auf Aenderung des Ge- schäftsverkehrsgesetzes einge- reicht.

Für die freisinnigen Mitglie- der der eidgenössischen Räte bilden die Regierungsrichtlinien ein taugliches Mittel, einen Ueberblick über die politischen Geschäfte in einer Legislaturpe- riode zu geben. Auch die Ver- knüpfung mit der Finanzplana- rung wird als notwendig erach- tet, wenn auch eine engere Kop-

pelung zwischen Regierungs- richtlinien und Finanzplan noch anzustreben ist.

Regierungsrichtlinien sollten nach Auffassung der FDP-Frak- tion den parlamentarischen Gruppierungen Gelegenheit zur Darstellung des eigenen Stand- punktes sowie zur Formulierung politischer Aussagen geben. Nur so kann eine wirkliche politische Meinungsbildung stattfinden, die auch den politischen Stärke- verhältnissen in der Bundesver- sammlung Rechnung trägt. Die FDP-Fraktion beantragt des- halb, auf die Einsetzung parla- mentarischer Kommissionen zur Beratung der Regierungsrichtli- nien zu verzichten und diese di- rekt in den Fraktionen bzw. dem Rat zu debattieren.

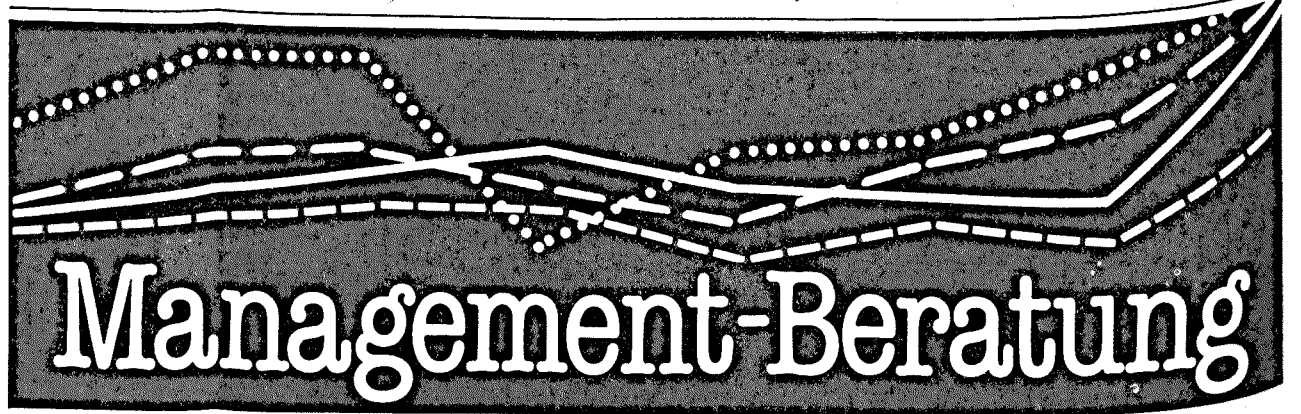
Als wenig befriedigendes In- strument hat sich für die freisin- nige Fraktion der Zwischenbe- richt zu den Regierungsrichtli- nien erwiesen. Sie will deshalb inskünftig davon Abstand neh- men. Jedoch soll der Bundesrat durch eine entsprechende Ae- nderung des Geschäftsverkehrs- gesetzes angehalten werden, in seinen Geschäftsberichten je- weils einen knappen Ueberblick über die Realisierung der Regie- rungspolitik zu geben, Abwei- chungen davon sowie neue Vor- haben zu begründen.

wohl eine Arbeitszeitverkürzung wie auch eine Reduktion des Pen- sionierungsalters und ein zu star- rer Indexautomatismus liegen quer in der wirtschaftlichen Landschaft, da sie die Kosten in die Höhe treiben. Solche Forde- rungen müssen bezahlt werden, sei es vom Staat, dessen ungün- stige Finanzlage wir alle kennen, sei es von den Konsumenten aller Schichten, sei es von unserer

Kundschaft im Ausland, die we- gen der höheren Kosten auch hö- here Preise zahlen müssen. Jeden- falls trägt dies in keiner Weise zur Steigerung der Konkurrenzfähig- keit unserer Wirtschaft bei — und diese ist letztlich für die Siche- rung der Arbeitsplätze ausschlag- gebend.

Abschliessend möchten wir aber an all jene appellieren, die im Wirtschaftsleben stehen, die

Verbesserung der Situation selbst an die Hand zu nehmen. Es liegt an uns allen als Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Staat und Privat- wirtschaft, in schwieriger Zeit durch ein gemeinsames Einstehen im Interesse aller die Lage ohne Verletzung unserer bewährten marktwirtschaftlichen Prinzipien zu meistern und die momentane, schwierige Situation durchzuste- hen.



**RACOM**

RACOM  
Unternehmens-  
beratungs-AG  
Bahnstrasse 23  
8603 Schwerzenbach  
(01) 825 25 11

RACOM  
Unternehmens-  
beratungs-AG  
Grabenackerstrasse 11  
4142 Münchenstein  
(061) 46 10 10

**Tätigkeitsbereiche:**

- Unternehmensorganisation
- Führungskonzepte
- Auftragswesen
- PPS
- Personaleinsatzplanung
- Lohn- und Gehaltssysteme

**ASCO-Unternehmensberater**

- Finanz- und Rechnungswesen
- Datenverarbeitung
- Logistik
- Produktinnovation
- Energiewirtschaft
- Personal

**TRANSPORT — LOGISTIK — IMPORT — EXPORT — DISTRIBUTION — BERATUNG**

Ein erfahrenes Team hilft Kosten senken im temporären Einsatz, durch praxiserprobte multimodale System-Organisation.

Rufen Sie uns doch an, wir informieren Sie gerne über unsere Möglichkeiten.  
**TTS Transport + Tarif Service AG**  
Postfach 16, 8640 Rapperswil,  
Telefon (055) 27 53 53 Telex 875818



**Baer Unternehmensberatung**

6442 Gersau  
4600 Olten

Riviera II  
Tel. (041) 84 17 29  
Solothurnerstrasse 151  
Tel. (062) 32 24 85



**Hanspeter Mollet**  
Dipl. Ing. ETH SIA  
Alpenstrasse 276  
CH-4573 Lohn SO

Unternehmensberater für Rationalisierung (EDV) und Un- ternehmensstrategien (Rezessionsstudien, Engpassanaly- sen, Vertriebsorganisation).

Berater für Wirtschafts- und Absatzfragen, Praktiker mit langjäh- riger Führungserfahrung, übernimmt Mandate für:

- Betriebs-, Standort- und Marktanalysen
- Temporärmanagement
- Reorganisations- und Umstrukturierungsmassnahmen

**JOSEF STEINEGGER**  
Im Buel 1707, 8192 Glattfelden. (01) 867 39 08



ROI Management  
Consulting AG  
Zollikerstrasse 144  
8008 Zurich  
Tel. (01) 55 67 55  
Telex 52213

Planung im F + E- und  
Konstruktionsbereich  
Effizienzsteigerung im  
Gemeinkosten- und  
Dienstleistungsbereich  
Industrial Engineering:  
Betriebsrationalisierung  
Instandhaltungsorganisation  
Lagerplanung

Affilierte Gesellschaften in Molland, Kopenhagen, Wien, Helsinki und den USA

**Organisation**

**Planungskonzepte  
Management auf Zeit**

**BÄNNINGER UNTERNEHMENSBERATUNGEN**  
Im Weizenacker 5, 8305 Dietlikon  
Tel. (01) 833 35 34

Fortsetzung von Seite 1

die Kalkulation der Betriebe ein- gehen, kommt selbstverständlich eine wichtige Rolle bei der Ausge- staltung günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu.

**Das französische Beispiel ...**

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass dirigistische Massnahmen nir- gends in der Welt dazu beigetra- gen haben, das Beschäftigungsnive- au zu erhalten. Unsere Kolle- gen der SP sollten dabei an die Schwierigkeiten ihrer Genossen in Frankreich denken, die sich jetzt mit den Realitäten der Re- gierungsverantwortung konfrontiert sehen. Es geht uns nicht dar- um, Schadenfreude für unsere Nachbarn zu empfinden, die un- sere Wirtschaftspartner sind und deren Wohlstand auch uns nicht gleichgültig sein kann.

Wir stellen aber fest, dass trotz den Wahlversprechen die nach dem 10. Mai 1981 ergriffenen Massnahmen weder die Arbeits- losigkeit gebremst, die Wirtschaft

angekurbelt, die Inflation stabili- siert noch die reale Kaufkraft er- höht haben. Im Gegenteil: die in- ternationale Konkurrenzfähigkeit der französischen Wirtschaft wurde beeinträchtigt, die Zah- lungsbilanz verschlechtert, und auch zwei Abwertungen des fran- zösischen Franc konnten nicht verhindert werden. Heute kennt Frankreich einen Preis- und Lohnstopp, den nun die Regie- rung Mauroy ihren eigenen Rei- hen und ihren kommunistischen Regierungspartnern schmackhaft zu machen hat. Weitere unpopu- läre Massnahmen, wie eine Erhö- hung der Tabak- und Alkohol- steuer, werden unter dem Vor- wand gesundheitspolitischer Ver- antwortung geprüft. Dazu kommt eine weitere Auslandsverschul- dung von 6,3 Mia. Dollar in den ersten sieben Monaten 1982.

Gerade in der jetzigen Situa- tion sehen wir eine grosse Gefahr auftauchen: Dass man nämlich versucht sein könnte, mit übereil- ten, generellen und wenig über- dachten Massnahmen das Gegen- teil dessen zu erreichen, was man als anvisiertes Ziel vorgibt. So-

*Sind Sie interessiert, bei dieser Gemeinschaftswerbung mitzumachen?*

*Greifen Sie zum Telefon, stellen Sie die Nummer (01) 251 32 32 ein und verlangen Sie Herrn E. Renaud. Er wird Sie gerne umfassend beraten. Damit Sie wissen, mit wem Sie es zu tun haben, nebenstehend sein Konterfei.*



**WIR LÖSEN LEASING-PROBLEME**

**GLOBAL**



**DAS IST DIE ZWEITE EINER SERIE VON INFORMATIONEN FÜR SCHWEIZER UNTERNEHMEN MIT INTERNATIONALEN TOCHTERGESELLSCHAFTEN**

Die Offerte ist gut, Schweizer Qualität gefragt — was jetzt über die Auftragsvergabe entscheidet, ist die Frage der Finanzierung. Denn heute wird doch erstklassiges Know-how nicht nur auf dem Produktions-, sondern auch auf dem Finanz- sektor verlangt. Und da kann Leasing die entscheidende Lösung sein — nicht nur in der Schweiz, sondern auch weltweit.

Nur, weltweites Leasing ist mit spezifischen Problemen verbunden. Die steuerlichen Bedin- gungen differieren von Land zu Land. Rechts- grundlage und Geschäftsmentalität sind ver- schieden, ausländische Experten sprechen darum oft eine andere Sprache.

Schweizer Unternehmen mit Tochtergesell- schaften im Ausland kennen die Folgen: die Investitionen der Tochter sind meist ein wenig zu teuer, die Steuervorteile werden nicht ausge-

nicht nur über eine eigene Tochtergesellschaft in New York verfügen. Sondern auch mit 140 ausgesuchten, seriösen Partnern in 72 Ländern auf dem ganzen Globus zusammenarbeiten. Und weil wir zweitens vom EDV-Center über die Produktionsstrasse bis zur Schmelzanlage alles finanzieren.

Bevor also Ihre Konkurrenz zur nächsten Sitzung zusammentrifft, sollten wir uns zusammensetzen, damit wir Ihnen unser Konzept im Detail erläutern können. Das Konzept: Sicherheit, Diskretion und individuellen Service durch uns, Ihren weltweiten Partner mit Sitz in Zürich. Und Leasingberatung und -finanzierung am Standort Ihrer Tochtergesellschaft durch den besten lokalen Partner. Damit Sie sicher sind, ein individuelles und günstiges Finan- zierungsmodell zu erhalten. In jeder Währung!

Mitglied der  
Association for Municipal Leasing & Finance  
Washington, D.C.

**KELLER & PARTNER AG**

Leasing + Wirtschaftsberatung  
Seestrasse 330, 8038 Zürich  
Tel. 01 481 91 11, Telex 54 016 kepa

schöpft. Das ist der Grund, warum immer mehr exportorientierte Schweizer Unternehmen mit uns zusammenarbeiten. Denn wir lösen Leasingprobleme global! Weil wir erstens als Schweizer Leasing- und Wirtschaftsberatung

**KELLER & PARTNER AG**

**DER SPEZIALIST FÜR WELTWEITE FINANZIERUNG VON GROSSPROJEKTEN**

Eidgenössische  
Volksabstimmung vom  
28. November**Ja/Nein?**  
**Nein/Ja?**  
**Nein/Nein?**

28. November — eidgenössische Volksabstimmung: Die Stimmbürger haben sich darüber zu entscheiden, ob sie die Preisüberwachung als Dauerinstitution in der Bundesverfassung verankert wissen wollen, wie es eine von Bundesrat und eidgenössischen Räten zur Ablehnung empfohlene Initiative will, oder ob sie einem von der Landesregierung ausgearbeiteten Gegenentwurf, der die Zustimmung des Parlaments fand und eine zeitlich befristete Preisüberwachung bei einem extremen Teuerungsschub vorsieht, beipflichten wollen, oder ob sie dem Gedanken der Preisüberwachung grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen. «Der Freisinn» hat Vertreter all dieser drei möglichen Entscheidungsvarianten um ihre Meinung befragt.

Welches sind Ihre wesentlichsten Argumente für bzw. gegen die Initiative?

Weshalb unterstützen Sie den Gegenentwurf bzw. stehen ihm ablehnend gegenüber?

Ist für Sie Preisüberwachung Konsumentenschutz oder Illusion?

Berechtigen psychologische Ueberlegungen Massnahmen, die im Widerspruch zu unserer Wirtschaftsordnung stehen?



Es gibt keinen «gerechten, richtigen» Preis. Der Preis kann sich nur beim Vorhandensein einer echten Konkurrenz über Angebot und Nachfrage einpendeln. Es ist Aufgabe des Kartellgesetzes, missbräuchliche Preisabsprachen zu verhindern. Gegenwärtig eher zu viel Konkurrenz als zu wenig. Ein ständiger Preisüberwacher, wie es die Initiative anvisiert, ist deshalb vollständig überflüssig. Wenn es so weitergeht, brauchen wir eher einen Produzentenschutz, und zwar im Interesse der betroffenen Arbeitnehmer!

Ich betrachte den Gegenentwurf als Kompromiss gegenüber besorgten Bürgern, welche meinen, dass in ausserordentlichen wirtschaftlichen Situationen ein Preisüberwacher nur dann schnell eingesetzt werden kann, wenn dies in der Verfassung ausdrücklich vorgesehen ist. Ferner ist zu beachten, dass ein Preisüberwacher nach dem Gegenvorschlag von vornherein nur befristet eingesetzt werden kann, dass er vorzeitig wieder rückgängig gemacht werden muss, wenn die Umstände es erfordern, ohne dass innerhalb eines Jahres eine Volksbefragung wie im Notfall nötig ist.

Ich betrachte die Preisüberwachung in normalen Zeiten als eine reine Illusion. Kein Preisüberwacher kann den Preis eines Produktes aufbauend aus den einzelnen Grundelementen berechnen. Er kann sich höchstens mit der Berechtigung von momentanen Preisaufschlägen befassen. Das sagt rein gar nichts darüber aus, ob der Preis nach der Preiserhöhung richtig ist. Bei der Kalkulation eines Produktes sind soviel Annahmen massgebend, für welche kein Preisüberwacher die Verantwortung übernehmen kann.

Es sind ausserordentliche wirtschaftliche Situationen denkbar, bei denen das normale Spiel von Angebot und Nachfrage vollständig gestört ist. Hier könnte es notwendig werden, sämtliche Preiserhöhungen bewilligungspflichtig zu erklären. Eine Ueberwachungsstelle müsste entscheiden, inwieweit eine Erhöhung gerechtfertigt ist. Es versteht sich von selbst, dass ein solcher grober Verstoß gegen unsere Wirtschaftsordnung keinen Tag länger als unbedingt notwendig aufrechterhalten werden darf.

Nationalrat Ulrich Ammann (FDP, BE),  
Präsident der vorberatenden Kommission

Die Initiative geht von der irrtümlichen Meinung aus, man könne durch eine Preisüberwachung zugunsten der Konsumenten den Wettbewerb verstärken und die Teuerung in den Griff bekommen. Wie die Erfahrungen im Ausland hinreichend beweisen, wirkt sich die staatlich erzwungene Reaktion der Produzenten auf eine ständige Preisüberwachung — und eine solche verlangt die Initiative — in gleicher Weise wie andere staatliche Eingriffe in den Markt — längerfristig zulasten der Konsumenten aus.

Die mit dem Gegenvorschlag konzipierte konjunkturpolitisch (und nicht wettbewerbspolitisch) motivierte Preisüberwachung entspricht jener von 1973–78, deren Nutzen zwar umstritten ist, der aber eine gewisse positive psychologische Wirkung nicht abgesprochen werden konnte. Weil die Preisüberwachung gemäss Gegenvorschlag nur in «Notzeiten» sowie befristet eingesetzt wird und überdies nur flankierend zu anderen, wesentlich wirksameren Massnahmen (Geld- und Finanzpolitik), ist sie ordnungspolitisch eher akzeptabel als der mit der Initiative verlangte staatliche Dauereingriff.

Der beste Konsumentenschutz ist Wettbewerb! Zwar wird dieser durch eine Preisüberwachung kaum eingeschränkt. Diese ist aber blosses Symptomkur und hat, nach «Gewöhnung» daran, letztlich kontraproduktive Wirkungen: Sie führt zu einheitlichen Kalkulations- und Kostenschemas und fördert damit Kartellbildung und Konzentration.

«Psychologische Ueberlegungen» sind ohnehin Bestandteil unserer Wirtschaftsordnung — bei Produzenten und Konsumenten. Eine Preisüberwachung hat negative und positive psychologische Wirkungen: Die Produzenten pflegen durch eine staatliche Stelle abgesetzene Preise möglichst lange hochzuhalten. Und für die Konsumenten hat die Klagemauer-Funktion der Preisüberwachung zwar keine niedrigeren Preise zur Folge, in manchen Fällen gewiss aber eine wohltuende psychotherapeutische Wirkung...

Nationalrat Dr. Felix Auer (FDP, BL)



Eine dauernde Preisüberwachung bei den Kartellen und Monopolen, also dort, wo der Wettbewerb nicht spielt, ist durchaus systemkonform und trägt als flankierende Massnahme zur Teuerungsbekämpfung bei. Die Volksinitiative ist konsequent: Wir erwarten zwar keine Wunder, aber bei «vermachteten» Preisen ist eine Preisüberwachung sinnvoll und zweckmässig, weil in der Praxis weder die Wettbewerbs- noch die Finanz- und Kreditpolitik halten, was sie versprechen. Wer sich am Markt korrekt verhält, braucht vor einer Missbrauchsbekämpfung keine Angst zu haben!

Eine Feuerwehr wird auch nicht erst mit ungetübten Leuten gebildet, wenn ein Haus brennt! Die Massnahmen bei hoher Teuerungsrate kämen immer zu spät. Niemand weiss beim Gegenvorschlag, wann die Preisüberwachung eingesetzt würde. Im vergangenen Herbst waren 7 Prozent Teuerung noch kein Anlass für den Bundesrat, unter Anrufung des Notrechtes die Preisüberwachung einzuführen. Auch bei geringer Teuerungsrate können in einzelnen Branchen Preise mangels genügenden Wettbewerbs übersetzt sein.

Missbrauchsbekämpfung ist immer auch Konsumentenschutz! Missbräuche in der Preisbildung benachteiligen den Konsumenten und sind auch volkswirtschaftlich schädigend. So hat sich die Schweizer Stimmbürgerschaft 1975 bei der letzten Abstimmung zur Verlängerung der Preisüberwachung deutlich und klar ausgesprochen: 1 366 000 Stimmen waren für und lediglich 299 000 Stimmen gegen die Preisüberwachung.

Massnahmen zur Verhinderung von Missbräuchen in der Preisbildung bei Kartellen und Monopolen stehen in keiner Weise im Widerspruch zu unserer Wirtschaftsordnung. Eine wettbewerbsorientierte Preisüberwachung hat nicht nur psychologische Wirkung, sondern vor allem prophylaktische! Manches Kartell oder Monopolunternehmen nimmt keine übermässige Preiserhöhung vor, weil es die Konfrontation mit dem Preisüberwacher scheut. So erweist sich der Preisüberwacher geradezu als systemnotwendiges marktwirtschaftliches Instrumentarium!

Nationalrat Alfred Neukomm (SP, BE)



Die Initiative ist zwar populär und weckt hohe Erwartungen, die jedoch unerfüllbar bleiben. Die institutionalisierte Preisüberwachung ist grundsätzlich mit der freien Marktwirtschaft unvereinbar. Die Initiative steht voll im Widerspruch zu einer Wettbewerbspolitik, die zugunsten eines staatlichen Interventionismus abzudanken hätte. Sie würde Produktionsbereitschaft und damit auch Arbeitsplätze gefährden und den Konzentrationsprozess beschleunigen. Sie brächte mehr Staatsbürokratie und Administrativkosten für die Wirtschaft.

Im wesentlichen treffen die Argumente gegen die Initiative auch beim Gegenvorschlag zu, der ja von niemandem mit Leib und Seele befürwortet wird. Die auf Zeiten hoher Teuerung beschränkte konjunkturpolitische Preisüberwachung käme zwangsläufig stets zu spät. Und die entsprechende Bürokratie wäre jeweils mühsam auf- und noch schwerer wieder abzubauen. Preisüberwacher vom Kaliber Schürmann oder Schlumpf wären wohl auch nur schwer zu finden, nach den wenig erfolgreichen Uebungen auf Notrechtbasis.

Staatliche Preisüberwachung ist eine Illusion, weil sie den erwünschten Wettbewerb nicht fördert, sondern bürokratisch in den Griff bekommen will. Ich kann mir nicht vorstellen, dass staatliche Beamte in der Lage sein sollen, den angeblich richtigen und gerechten Preis festzusetzen. Ein Vergleich mit dem Ausland zeigt klar, dass wir — trotz oder eben wegen der fehlenden Preisüberwachung — einen intensiven Wettbewerb haben und auch eine vergleichsweise niedrige Teuerung. Die Preisüberwachung bliebe zwangsläufig auch erfolglos gegenüber jenen 60% der Konsumgüter, die aus dem Ausland importiert werden.

Eingriffe wie die Preisüberwachung sind falsch, weil sie eben Illusionen wecken und staatliche Machbarkeit vortäuschen, weil es sich dabei um Symptom- statt Ursachenbekämpfung handelt. Für einen funktionierenden Wettbewerb ist mit einem wirksamen Kartellrecht und dem Konsumentenschutzgesetz zu sorgen, und zur Teuerungs- bekämpfung ist prioritär die Geldmengenspolitik einzusetzen. Der Preis ist ja auch nur ein Element im ganzen Markt: Qualität, Garantie und Kundendienst sind ebenso wichtige Faktoren, denen man mit einer Preisüberwachung nicht gerecht wird.

Nationalrat Kurt Schüle (FDP, SH)

**J.VONTOBEL & CO.****Bankiers**Vermögensverwaltung und Beratung  
für private und institutionelle Anleger

Bahnhofstrasse 3 8022 Zürich Telefon: 01 488 71 11

Freiheit und Marktwirtschaft

## Unhaltbare Unterstellungen

Zu den beliebten Anwürfen linker Theoretiker an das kapitalistische Wirtschaftssystem gehört die Behauptung, dass die Marktwirtschaft die Unterdrückung und Ausbeutung der Menschen befördere. Beispiele wie Pinochets Chile oder Marcos' Philippinen werden dafür als Beweis ins Feld geführt. Urs Schöttli, scheidender Generalsekretär der Liberalen Weltunion, hat sich mit diesen Behauptungen auseinandergesetzt:

Ein Blick in das vom New Yorker «Freedom House» herausgegebene Jahrbuch «Freiheit in der Welt» beweist jedoch die Unhaltbarkeit solcher genereller Unterstellungen. Die dokumentarisch ausgezeichnete unterlegte Studie, die sich bei der Beurteilung der unterschiedlichen Regierungs- und Gesellschaftssysteme in der Welt einer vorbildlichen Objektivität befleißigt, geht auch auf die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher und politischer Verfassung eines Staates ein.

### Zahlen, die sprechen

Die Staaten werden in dem erwähnten Jahrbuch nach der Beachtung von Menschen- und Bürgerrechten beurteilt. Dabei fällt auf, dass von den 28 Staaten, die mit Bezug auf die politischen Freiheiten die schlechteste Note erhalten, acht ein nach kapitalistischen Prinzipien organisiertes Wirtschaftssystem und zwanzig eine sozialistische Wirtschaftsordnung haben. Unter den bloss 22 Nationen, die im umfassenden Sinne als freiheitliche Demokratien bezeichnet werden können, gibt es keine einzige mit einem sozialistischen Wirtschaftssystem! Alle diese Länder haben eine marktwirtschaftliche Ordnung.

Sicher wird niemand behaupten wollen, die Marktwirtschaft garantiere automatisch ein freiheitliches Gesellschaftssystem. Mancher lateinamerikanischer Staat belegt das Gegenteil. Doch lässt sich umgekehrt folgern, dass, wo der private Sektor in der Wirtschaft abgeschafft und alle wirtschaftliche Macht dem Staat übergeben wird, es keine politische Freiheit geben kann.

### Marxistische Missverständnisse

Die Gründe für diesen Sachverhalt erleuchten auch eines der

fundamentalsten Missverständnisse des Marxismus. Der Liberalismus hat in seiner langen Geschichte erkannt, dass überall, wo sich Macht unkontrolliert in den Händen von wenigen zusammenballt, die Freiheit der Menschen in Gefahr ist. Aus dieser Erkenntnis sind politische Zielgrößen wie der Föderalismus, die Gewaltenteilung und eben auch das Recht auf Privateigentum erwachsen.

Demgegenüber geht der Marxismus, wie er in seiner leninistischen Ausprägung beispielsweise in der Sowjetunion und ihren Satelliten praktiziert wird, von der simplizistischen Annahme aus, dass es «gute» und «böse» Machthaber gebe. In der UdSSR ist eben deshalb die Machtkontrolle und die Machtteilung überflüssig, weil dort eine Partei und eine Avantgarde herrscht, die das einzig Gute und einzig Richtige erkannt hat und die — ihrem ideologischen Anspruch gemäss — von vornherein zum Wohle des Volkes regiert.

### Historische Sachverhalte

Die Emanzipation des bürgerlichen Staates, der freiheitlich-pluralistischen Demokratie hat in entscheidendem Masse auch mit der Entwicklung des Rechts der Bürger auf Privateigentum zu tun. Wir kennen aus der Geschichte, dass im Feudalismus der Besitz von der Gefolgschaft und Unterwerfung unter den absoluten Landesherren abhing. Die Fürsten und Vögte sicherten sich politische Macht dadurch, nach Belieben Anpassungswillige mit Besitz zu belohnen und Auflüpfige mit Besitzentzug zu bestrafen.

Es wäre nützlich, wenn im Gestrüpp opportunistischer Versuche zur Rechtfertigung sozialistischer Verstaatlichungen diesen objektiven historischen Sachverhalten wieder vermehrt Beachtung geschenkt würde.

## NEIN zur extremen Lösung — JA zum gesunden Mittelmass

Diesen Weg beschreitet der von Bundesrat und Bundesversammlung den Stimmberechtigten unterbreitete Gegenentwurf zur überraschenden Preisüberwachungsinitiative. Denn er bringt wieder Preisüberwacher wie Leo Schürmann und Leon Schlumpf, wenn sie nötig sind: dann nämlich, wenn eine Teuerungs- und Inflationswelle übers Land geht.

Anders die Initiative. Sie sieht die dauernde Preisüberwachung vor. Damit stellt sie einen Eingriff in die freie Preisbildung dar, die unserem Land weltweit die durchschnittlich niedrigste Teuerungsrate und den höchsten Wohlstand beschert hat. Diese Initiative bringt mehr Bürokratie und mehr Beamte. Der Gegenentwurf verfolgt realistische Ziele und lehnt extreme Lösungen ab. Wir Schweizer sind schon immer gut mit dem gesunden Mittelmass gefahren.

Deshalb bei der eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. November:

**NEIN** zur Preisüberwachungsinitiative  
**JA** zum Gegenentwurf der Bundesversammlung!

Schweizerisches Aktionskomitee für den Gegenentwurf zur Preisüberwachung.

# OSTSCHWEIZ

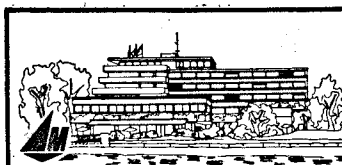
Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emilson, beim Bahnhof  
Tel. (071) 23 35 35  
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur  
de la Confrérie de la  
Chaîne des Rôtisseurs



Charly's Rôtisserie  
Gartenrestaurant  
Seeterrasse beheizt  
Delphin-Bar  
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten  
mit geheiztem Schwimmbad  
Hot. Whirl-Pool - Sauna - Fitness  
Grosser Parkplatz

ASH ★★★★★ AMBASSADOR SERVICE HOTELS  
**HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE**  
CH-9320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77 247, Dir. Charles Delvaux

## Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



**Am Gallusplatz**  
Restaurant gastronomique  
9000 St. Gallen  
(vis-à-vis Kathedrale)  
H. J. Sistek, (071) 23 33 30

**Das führende Haus mit Ambiance**  
(erbaut 1606 — restauriert 1974)  
Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr  
Montag geschlossen

Rôtisserie — Café — Restaurant  
Gewölbekeller für Gesellschaften



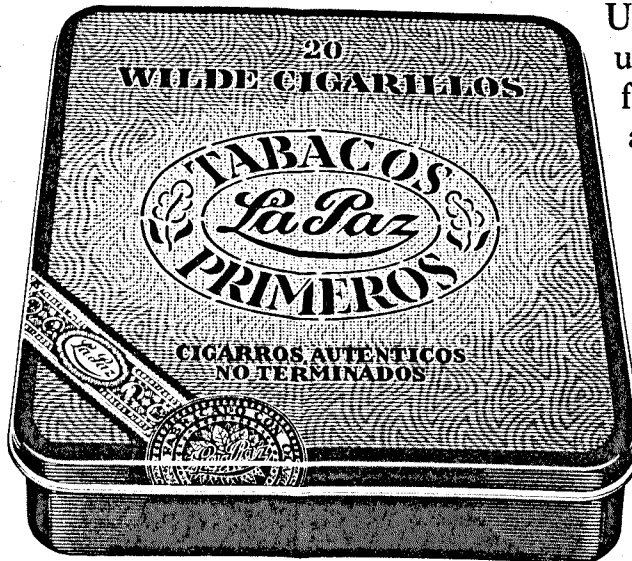
**Gasthof Hirschen**  
Traditionelles Restaurant  
in idyllischer Landschaft.  
Schloss Arenenberg mit  
Napoleon-Museum. Jedes  
Zimmer mit Blick auf  
den Untersee. Gepflegte  
Küche für spezielle  
Fleisch- und Fischgerichte.

Speisesaal mit Blick auf Untersee  
(Verf. Sie uns. ausf. Hausprospekt)

Fam. P. Imhof  
CH-8268 Salenstein  
Telefon (072) 64 16 44  
(Dienstag geschlossen)

# Ehrlichkeitshalber.

Weil es schon besonders viel Erfahrung in der Kunst der Herstellung gehaltvoller Cigarillos braucht, haben sich die Cigarrenmacher von La Paz Zeit gelassen. So lange, bis die Mischung aus Dutzenden erstklassiger Tabaksorten stimmte.



20 Stück/Fr. 8.—

Und sie mit makellosen, naturreinen Deckblättern umhüllt. Und ein Büschel am Brandende freigelassen, das ein Stück wilder Natur nach aussen kehrt. Aus Tabak. Mehr nicht. Damit Sie als Kenner nicht mehr die Nase über Cigarillos zu rümpfen brauchen.

Denn Wilde Cigarillos von La Paz sind von Grund auf ehrlich. So sorgsam melangiert wie eine grosse Cigarre. So aromatisch leicht. Und ungepudert.

Die Leute von La Paz sind eben Perfektionisten. Seit über 160 Jahren.



Cigarros Autenticos.

Ein Fazit vom Jahrestreffen der Liberalen Weltunion

## Die Liberalen und der Wohlfahrtsstaat

In manchen Staaten tragen sie Regierungsverantwortung, sei es mit Konservativen zusammen oder in einer Koalition mit Sozialisten; in andern Ländern wiederum stehen sie in der politischen Opposition.

Überall aber sehen sich die liberalen Parteien in einer verwandten Rolle: Sie kämpfen um einen Staat des menschlichen Masses und um eine Gesellschaft der Freiheit, in der das Individuum sich in eigener Verantwortung zu Ungemach jedoch nicht ohne sozialen Schutz dasteht.

Liberaler Geistes und liberale Parteien in allen europäischen Ländern und weit darüber hinaus — in Kanada, in den Vereinigten Staaten, aber auch in zentral- und südamerikanischen Ländern — sind sich in diesem Grundanliegen weitgehend einig. Das hat neulich das Treffen der Liberalen Internationale (LI) in Den Haag gezeigt, wo nebst den brennenden Fragen der internationalen Politik die Krise des modernen Wohlfahrtsstaates im Zentrum der Debatten stand.

### Liberaler Mittelweg

Im Unterschied zu Sozialisten, die alle Verantwortung dem Kollektiv übertragen wollen, im Ge-

gensatz aber auch zu Konservativen, die kaum eine soziale Verantwortung der staatlichen Gemeinschaft anerkennen wollen, steuert liberale Politik in diesen Dingen einen Mittelweg. Sie will die Freiheit weder einem totalen kollektiven Sicherheitsdenken opfern, welches in der Praxis zu einer alles ergreifenden Bürokratie führt, noch ist sie umgekehrt bereit, die Schwachen und Schutzbedürftigen einfach einem Freibeutertum auszuliefern.

Die liberalen Parteien stehen daher zum sozialen Wohlfahrtsstaat, an dessen Schöpfung und Aufbau sie und die von ihnen verfochtene liberale Marktwirtschaft wesentlich beteiligt sind. Aber sie wollen diesen Wohlfahrtsstaat dort überprüfen und begrenzen, wo er ineffizient wird, wo er individuelle Initiative und Verantwortung erstickt und untergräbt, wo er die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit überfordert.

### Sozialpolitik für alle

In einer gemeinsamen Resolution fordern daher die liberalen Par-

teien ein für freiheitliche Entwicklungen günstigeres Gleichgewicht zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Sie fordern eine Politik, welche die dezentralisierte Entscheidungsfindung bevorzugt, die kleinen und mittleren Unternehmen begünstigt sowie produktive Investitionen anstatt noch mehr belastende Umverteilungsmechanismen anstrebt. Weiter verlangen sie die Abschaffung unnötiger gesetzlicher und bürokratischer Hindernisse, besonders auf dem Arbeitsmarkt, sie schlagen Sozialpartnergespräche über flexible Einkommenspolitik vor, um die Krise in der Wirtschaft und bei den Staatsfinanzen zu meistern. Sie streben mehr Effizienz in den öffentlichen Diensten an, sei es, wo möglich, durch Privatisierung, sei es durch Dezentralisierung und periodische Ueberprüfung der Gesetzgebung auf Notwendigkeit und Tauglichkeit.

Eine solche Sozialpolitik des vernünftigen und praktikablen Masses wird auch vom Wähler verstanden und honoriert. Das zeigt der Fall der holländischen Liberalen. Ihre Partei — die VVD — hat mit eben dieser Programmatik, die den schweizerischen Freisinnigen übrigens nicht fremd ist, auf den Tag des Kongresses der Liberalen Weltunion bei den nationalen Parlamentswahlen fast sechs Prozent Stimmen hinzugezogen und ihre Vertretung im niederländischen Parlament von 26 auf 36 Mandate erhöht.

### Wechsel an der Spitze der LI

Nach zwölfjähriger Amtszeit zieht sich *Gaston Thorn*, der derzeitige Präsident der EG-Kommission, von der Spitze der Liberalen Weltunion zurück. Unter seiner Aegide ist die politische Aktivität der *Liberalen Internationale*, die zuvor auf Europa beschränkt gewesen war, nach Kanada und in die Dritte Welt ausgeweitet und stark intensiviert worden. Für Thorns Nachfolge ist im Sinne einer Uebergangslösung der italienische Senator *Giovanni Malagodi* designiert worden. Malagodi, früherer Finanzminister Italiens, wird das Präsidium offiziell Ende dieses Jahres antreten, wenn es ihm

zuvor gelingt, mit Hilfe einer Sondermission bei den Mitgliedsparteien eine dauerhaft tragfähige *finanzielle Basis* für die ausgeweiteten Aktivitäten der LI zu schaffen. In den letzten fünf Jahren war die Finanzierung des erstmals vollamtlichen *Generalsekretärs* via den schweizerischen Vizepräsidenten Richard Reich zur Hauptsache aus der Schweiz sichergestellt worden, was vom Kongress in Den Haag mit Anerkennung vermerkt wurde. *Urs Schöttli*, seit 1978 Generalsekretär, zieht sich jetzt gleichzeitig mit dem Präsidenten Thorn zurück.

### Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich. Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—.

## Wohnzeit – Schonzeit.

Nehmen Sie sich Zeit zum Wohnen. Was es dazu braucht, finden Sie in unserer attraktiven, vielfältigen und abwechslungsreichen **Wohnausstellung:** 5 Etagen und 5000 m<sup>2</sup> Wohnideen – täglich von 10 bis 20 Uhr (samstags 8 bis 16 Uhr).

**Möbelzentrum des Handwerks**

An der Autobahn Zürich-Uster, Ausfahrt «Industrie Volketswil» (Waro), Tel. 01-945 55 81

Berücksichtigen Sie bitte die Inserenten unserer Parteizeitung.



**KABA STAR**  
Das Schliesssystem mit Kopierschutz-Garantie.

- 6 Zählungsreihen.
- Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder.
- Computergesteuerte Schlüssel-Prägungen in Hundertstel Millimetern.
- Astronomische Schliessvarianten.
- Und über 100 Jahre Erfahrung.

Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.

**BAUER KABA AG** Sicherheits-Schliesssysteme  
Postfach, CH-8620 Wetzikon 1  
Tel. 01/931 61 11  
Telex 875481



**SCHULER-WEINE**

St. Jakobskellerei SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN



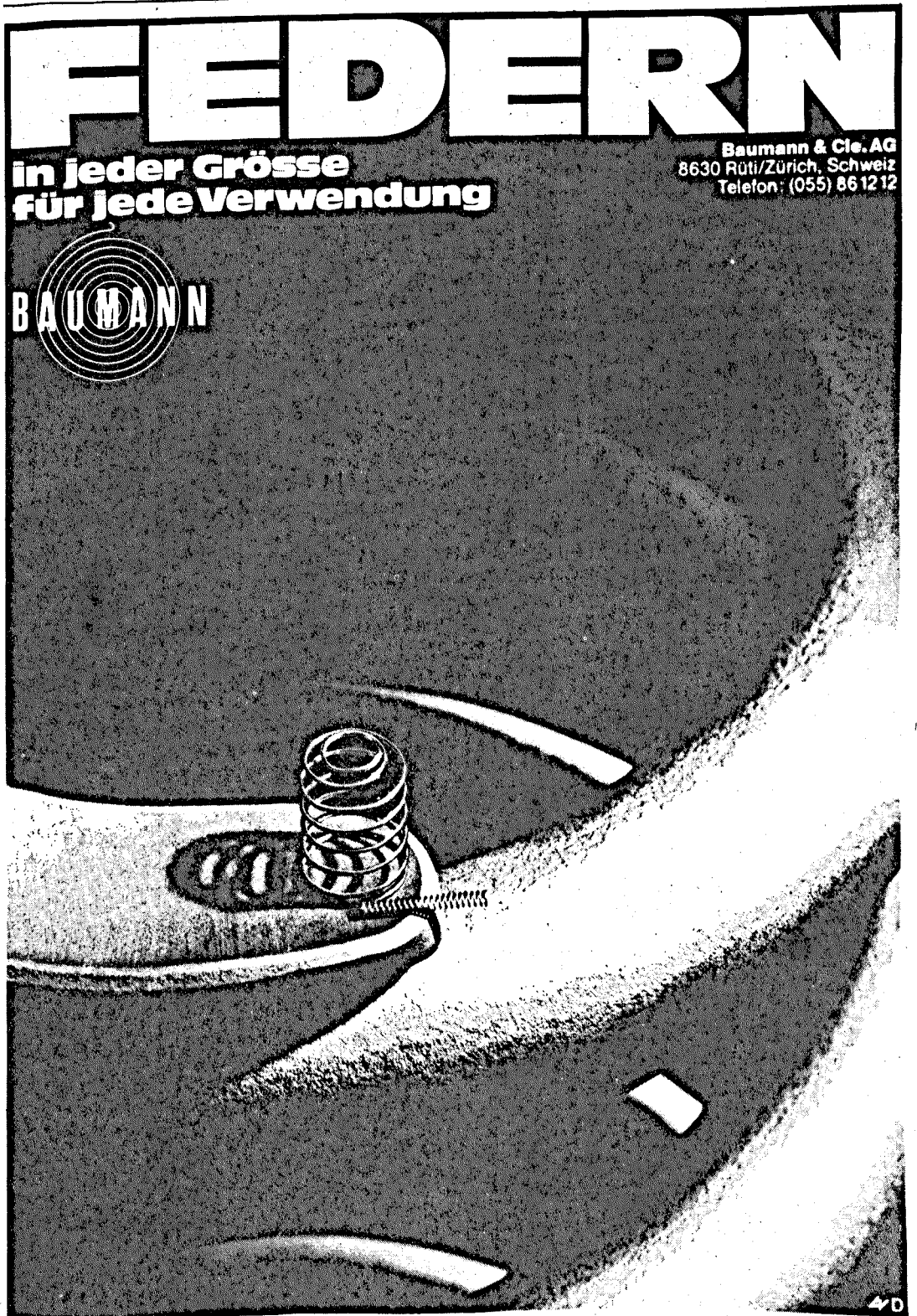
**Spross**

Garten- und Landschaftsbau für Ihre sympathische Umwelt  
Spross Ga-La-Bau AG  
Zürich  
01-4 62 62 62

In Ihrem Auftrag vermitteln und verkaufen wir Liegenschaften.

**Spaltenstein**  
LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN  
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH  
TELEFON 01 316 13 00



**FEDERN**

in jeder Grösse für jede Verwendung

Baummann & Cie. AG  
8630 Rüti/Zürich, Schweiz  
Telefon: (055) 86 12 12

**BAUMANN**



**Spanlose Verformung**

**VonDach+Co**  
Metallwarenfabrik – 3250 Lyss  
Beratung – Konstruktion – Eigener Werkzeugbau  
Tel. 032 84 27 42

Der Beitrag des Freisinns

## Wo stehen wir bei der Eigentumsförderung?

Eigentumsförderung ist nicht nur Sache des Freisinns. Wohl aber sind von freisinniger Seite immer wieder wesentliche Impulse in diesem Bereich ausgegangen. Im Sinne einer Zwischenbilanz hat FDP-Grossrat Dr. Rudolf Rohr, Würenlos (AG), die auf eidgenössischer und kantonaler Ebene unternommenen Anstrengungen und deren Ergebnisse zusammengestellt.



Fraktion (Motionen Bremi und Bürgi) betr. Gesamtkonzept Eigentumsförderung Rechenschaft abzulegen.

### Westschweiz

In der Westschweiz stehen die Freisinnigen interessanterweise nicht an der Spitze der eigentumspolitischen Initiativen. Entweder sind es die Liberalen (wie im Kanton Waadt, wo eine Initiative zur Aufhebung des Eigenmietwerts immerhin in ein Dekret ausmündete, das eine Reduktion der Eigenmietwertbesteuerung bringen soll) oder dann die CVP (wie im Kanton Genf mit einer Initiative «für eine wahre Familienpolitik» oder im Kanton Wallis mit der CNG-Initiative für ein neues Steuergesetz, worin unter anderem eine Reduktion des Eigenmietwerts um 60% gefordert wird). Einzig die FDP Oberwallis kann mit einer einschlägigen Initiative aufwarten.

### Nordwestschweiz

In den fünf nordwestschweizerischen Kantonen Bern, Solothurn, Basel-Stadt, Baselland und Aargau sind in Sachen Eigentumspolitik vorab parlamentarische Vorstösse aus den Reihen des Freisinns zu registrieren, so beispielsweise die Motionen Leuenberger (BE) und Affentranger (BL) und das kürzlich überwiesene Postulat Gallati (BE). Volksinitiativen kamen auch hier eher von anderer Seite, so eine recht weitgehende Initiative der Liberalen Partei Riehen oder eine kürzlich lancierte Initiative des Landesrings Baselland, welche die Forderungen der Kommission Masset voll aufgreift. Im Rahmen der im Aargau hängigen Steuergesetzrevision sind speziell von freisinniger Seite begründete Erleichterungen in der Eigenmietwert- und Grundstückgewinnbesteuerung erwirkt worden.

### Zentralschweiz

Am bedeutungsvollsten ist die Steuergesetzrevision im Kanton Schwyz, welche in bezug auf Eigenmietwert- und Grundstückgewinnbesteuerung pionierhafte Verbesserungen bringt, indem neu ein spezieller Abzug vom Eigenmietwert und ein Aufschub der Grundstückgewinnsteuer bei Ersatzbeschaffung gewährt werden sollen. Die Revision ist stark durch eine überparteiliche Initiative beeinflusst worden, an welcher freisinnige Persönlichkeiten erheblichen Anteil hatten. Aehn-

### Eigentumsförderung gemäss BVG

Zentrale Bedeutung für die Eigentumsförderung können nachstehende drei Bestimmungen des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge erhalten:

#### Art. 37 Form der Leistungen

<sup>1</sup> Der Versicherte kann, ohne dass es die reglementarischen Bestimmungen vorsehen, unter Wahrung dieser Frist einen Teil der Altersleistungen in Form einer Kapitalabfindung verlangen, soweit er das Kapital zum Erwerb von Wohneigentum für den Eigenbedarf oder zur Amortisation der auf ihm bereits gehörendem Wohneigentum haftenden Hypothekendarlehen verwendet. Die Kapitalabfindung darf seine Altersrente um höchstens die Hälfte schmälern.

#### Art. 40 Verpfändung zur Finanzierung von Wohneigentum

<sup>1</sup> Der Anspruch auf Altersleistungen kann verpfändet werden:  
a) zum Erwerb von Wohneigentum für den eigenen Bedarf;  
b) zum Aufschub der Amortisation von darauf lastenden Hypothekendarlehen.

<sup>2</sup> Die durch diese Verpfändung gesicherten Geldforderungen dürfen jedoch nicht höher sein als das jeweils vorhandene Altersguthaben. Sie dürfen das Altersguthaben, wie es im Alter von 50 Jahren vorhanden war, in keinem Fall übersteigen.

<sup>3</sup> Der Bundesrat regelt die Einzelheiten, insbesondere die Anforderungen, die zur Sicherstellung des Vorsorgezweckes erfüllt sein müssen.

#### Art. 82 Gleichstellung anderer Vorsorgeformen

<sup>1</sup> Arbeitnehmer und Selbständigerwerbende können auch Beiträge für weitere, ausschliesslich und unwiderruflich der beruflichen Vorsorge dienende, anerkannte Vorsorgeformen abziehen.

<sup>2</sup> Der Bundesrat legt in Zusammenarbeit mit den Kantonen die anerkannten Vorsorgeformen und die Abzugsberechtigung für Beiträge fest.

lich verläuft die Entwicklung im Kanton Luzern, wo eine überparteiliche Initiative mit der Forderung auf Reduktion des Eigenmietwerts vom Grossen Rat gutgeheissen wurde. Eine inzwischen zurückgezogene Steuergesetzinitiative der Liberalen Partei hatte das gleiche Begehren gestellt. Im Kanton Zug harrt noch immer eine Motion Kohler (FDP) betr. Förderung des Haus- und Wohnungseigentums der Realisierung.

### Zürich

Im Kanton Zürich sind im Rahmen der jüngsten Steuergesetzrevision wesentliche Verbesserungen zugunsten des Wohneigentums (und des Sparerers ganz allgemein) erreicht worden, wozu eine freisinnige und eine überparteiliche Initiative ihren wichtigen Beitrag leisteten. Die Verbesserungen beziehen sich einerseits auf die Eigenmietwertbesteuerung von Eigentumswohnungen und neu erworbenen Eigenheimen und andererseits auf die Abschaffung der Liegenschaftsteuer gemäss einem Postulat Spoerry (FDP).

Im weiteren sollen die Pauschalabzüge für den Liegenschaftunterhalt erhöht werden. Eine Befreiung von der Handänderungssteuer wird jetzt wenigstens bei der Ersatzbeschaffung von landwirtschaftlichen Grundstücken gewährt. Eine weitere überparteilich-bürgerliche Initiative mit dem Begehren auf Ausrichtung von Bausparprämien ist von den Zürcher Stimmberechtigten am 26. September verworfen worden.

### Ostschweiz

Bedeutsame Neuerungen sind in der Ostschweiz zu registrieren. In dem am 5. September gutgeheissenen Schaffhauser Steuergesetz, das von einer freisinnigen Volksinitiative wesentlich beeinflusst wurde, wird neu ein Aufschub der Grundstückgewinnsteuer bei Ersatzbeschaffung von Eigenheimen gewährt. Statt des geforderten Abzugs vom Eigenmietwert werden die Pauschalabzüge für Unterhaltskosten erhöht.

Im Kanton St. Gallen ist einem freisinnigen Vorstoss auf Ermässigungen der Eigenmietwertbesteuerung von Regierungsseite ka-

### Vom Irrglauben an die Wachstumsrate

Leute, die das Gras wachsen hören, begannen bereits vor längerer Zeit, über eine drohende Rezession zu unken. Ihre Prognosen basierten nicht, oder doch nicht überwiegend, auf einem angeborenen Pessimismus. Sie stützten sich vielmehr auf sogenannte harte «facts», denn in der Wirtschaft begannen sowohl gesamthaft wie auch in einzelnen Branchen die Wachstumsraten zurückzugehen. Es war kein spezifisch schweizerischer Vorgang, sondern das Phänomen trat weltweit auf. Da unser Land eng mit der Weltwirtschaft verbunden ist, mussten dieselben Entwicklungen, mit einem gewissen Zeitrückstand, auch bei uns auftreten.

Nun begannen vor einiger Zeit Oekologen und Idealisten, unterstützt vom Club of Rome, von einem Nullwachstum zu schwärmen, d.h. die Wachstumsrate sollte dieselbe bleiben und weder zu- noch abnehmen. Wer an diese Null-Wachstumsrate glaubte, sah sich bald arg getäuscht. Dieses Nullwachstum trat praktisch seit Mitte der siebziger Jahre ein. Von den gepriesenen Vorteilen wie Rückgang der Luftverschmutzung, des Landverschleisses usw. trat kaum einer ein, dafür fehlten die Mittel für Investitionen, das Angebot an Arbeitsplätzen blieb stationär oder ging zurück — und dies alles verbunden mit steigenden Ansprüchen an Realeinkommen oder Arbeitszeitverkürzungen.

Das, was Bundesrat Celio einst als «Anspruchsinflation» bezeichnet hatte, blieb unverändert hoch oder wuchs sogar noch an. Das, was die Wirtschaft effektiv noch verkraften konnte, ging zurück. Leider gibt es kaum Anzeichen dafür, dass diese Diskrepanz wirklich wahrgenommen wird.

Allen offiziellen Trostbeteuerungen zum Trotz, dass es sich nur um eine kleinere Durststrecke handle, die spätestens Mitte des kommenden Jahres ende, gewann in letzter Zeit doch die Meinung die Oberhand, dass man sich vermutlich am Rande einer grösseren Wirtschaftskrise befinde. Das löste insofern eine gewisse Beunruhigung aus, als in den sechziger Jahren die Theorie verbreitet worden war, es werde kaum mehr je zu ernsthaften Konjunkturkrisen kommen. Denn man habe nun ein Instrumentarium.

Abgesehen von den klassischen Instrumenten, die der Konjunkturartikel der Bundesverfassung bietet, seien auch die Grundsätze des zyklischen und antizyklischen Verhaltens Gemeingut der Wirtschaft geworden. Sie sind es nicht!

Mehr und mehr stellt man sich nun aber heute die Frage, ob es sich wirklich um eine kon-

junktuelle Krise handle, der man tatsächlich mit den genannten Instrumenten beikommen könnte, und nicht vielmehr um eine weltweite Strukturkrise. Eine Strukturkrise, die zu einem guten Teil darauf zurückzuführen wäre, dass man einen unbegrenzten Glauben an die Wachstumsrate hatte oder noch hat. Man glaubt, dass Wirtschaft, Sozialprodukt, Exporte, Fahrleistungen der Bahnen, die Produktion usw., ja sogar die Bevölkerung ständig und unvermindert mit hohen Prozentzahlen wachsen müssten. Sonst breche das ganze System zusammen.

Heute scheint man zu ahnen, dass dies genauso ein Irrglaube ist wie der Glaube an die heilende Kraft des Nullwachstums.

Der Glaube an die Notwendigkeit hoher Wachstumsraten hat manchenorts zu Ueberkapazitäten und kaum mehr manipulierbaren Mammutunternehmen geführt, die das Optimum ihrer Produktivität längst über- oder auch unterschritten haben.

Einige Beispiele aus jüngster Zeit: Im Glauben an das ständige Anwachsen der Oelpreise und Oelexporte hat sich Mexiko eine Ausgabenpolitik geleistet, die durch die Realitäten nicht mehr gedeckt war. Auf dem Tourismusgebiet hat man sich in Spanien (zum Teil auch hierzulande) Hotelinvestitionen geleistet, die weit über den Bedarf hinausgehen und zum Teil so überdimensioniert sind, dass nicht einmal mehr eine gesunde Konkurrenz spielt.

Wenn man vom Bundesrat Konjunkturstützungsmaßnahmen verlangt, so verkennet man die Natur der uns drohenden (aber tatsächlich noch nicht vorhandenen) Krise. Man kann die Schwierigkeiten nicht dadurch eliminieren, dass man durch Stützungsmaßnahmen verschiedener Gattung überholte Strukturen am Leben erhält. Man kann auch nicht einfach von politischen Massnahmen gegen die Marktwirtschaft (die angeblich versagt habe) Hilfe erwarten, wenn tatsächlich viele Schwierigkeiten darauf zurückzuführen sind, dass man entgegen wirtschaftlichen Prinzipien gehandelt hat und am Bedarf vorbeiproduzierte. Man kann auch nicht endlos von der Wirtschaft unproduktive Sozialleistungen verlangen, wenn diese im Endeffekt die Produktivität herabsetzten und am Schluss den Freiraum für solche Leistungen einschränken. Es scheint uns nichts anderes übrig zu bleiben, als zu lernen, wieder Mass zu halten.

Dr. Beatrice Steinmann  
Bundeshausjournalistin  
der «Appenzeller Zeitung»

tegorisch opponiert worden. Dafür wird bei der Grundstückgewinnsteuer wieder ein Besitzdauerabzug und ausserdem in Härtefällen bei Ersatzbeschaffung ein Steueraufschub gewährt. Im Kanton Glarus ist ein freisinniger Landgemeindevorstellung eingebracht worden, der auf einen «mässigen» Eigenmietwert abzielt. Im Kanton Graubünden steht eine Revisionsvorlage zur Diskussion, die ähnlich wie im Kanton Schwyz einen Sonderabzug vom Eigenmietwert und die Gewährung des Grundstückgewinnsteueraufschubs bei der Ersatzbeschaffung von Eigenheimen vorsieht. Damit würde nicht zuletzt einer Motion Bener (FDP) aus dem Jahre 1979 Rechnung getragen.

Die vorstehende Zusammenstellung kann nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben, zeigt

aber doch, dass auf dem Gebiet der Eigentumsförderung einiges in Bewegung ist. Die FDP der Schweiz hat eine von Nationalrat Bremi präsidierte Arbeitsgruppe Eigentumsförderung eingesetzt, welche Hinweise auf weitere Vorstösse und Erfolge in diesem Bereich gerne entgegennimmt.

6./7. Mai 1983  
10. September 1983

Die FDP der Schweiz hat bereits zwei gewichtige Daten für das kommende Jahr festgelegt. Delegiertenversammlung und Parteitag finden statt am 6./7. Mai in Weinfelden (TG). Die nationale Wahlkundgebung wurde anberaumt auf den 10. September; der Ort ist noch nicht definitiv bestimmt.

BANK JULIUS BÄR  
ZÜRICH

&

LONDON

Bank Julius Baer & Co. Ltd., London  
3 Lombard Street, London EC3V 9ER